Berichtsvorlage
OA/008/2026

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Ausschuss für Recht, Wirtschaft, Arbeit und Wissenschaft	23.09.2026	öffentlich	Bericht

Betreff:

Keine Eurofighter-Übung am Flughafen Nürnberg - zivile Infrastruktur nicht für militärische Einsatzplanung bereitstellen
Antrag der Stadtratsfraktion „Die Linke„ vom 26.06.2026

Anlagen:
Antrag der Stadtratsfraktion "Die Linke" vom 26.06.2026
Sachbericht Eurofighter-Übung

Vom 5. bis 10.10.2026 findet am Flughafen Nürnberg eine "Dispersed Operations"-Übung der Bundeswehr mit unbewaffneten Eurofightern statt. „Dispersed Operations“ bezeichnen das taktische Ausweichen und den Betrieb von Militärflugzeugen auf zivilen Flughäfen. Alle größeren Verkehrsflughafen sind im Verteidigungsfall als Ausweichflughäfen vorgesehen und erfüllen Bedarfe des (zivilen) Heimatschutzes. Bei den Übungen sollen die Nutzung im Verteidigungsfall und die Zusammenarbeit des zivilen und militärischen Personals geübt werden.

Verkehrsflughäfen dienen dem Gemeingebrauchsrecht am Luftraum für die am Luftverkehr Berechtigten, zu denen auch die Bundeswehr gehört. Auf Verkehrsflughäfen dürfen deshalb Flugzeuge der Bundeswehr im Rahmen der luftrechtlichen Bestimmungen starten und landen, ohne dass es hierfür einer Genehmigung oder Zustimmung der Stadt oder der Flughafen Nürnberg GmbH bedarf.

In Nürnberg werden für eine Woche vier unbewaffnete Flugzeuge des Typs Eurofighter aufgenom-men, die am Montag einfliegen, am Freitag ausfliegen und Dienstag bis Donnerstag jeweils einmalig (geplant am Vormittag ab 9:00 Uhr, Flüge nach 17:00 Uhr sind nicht geplant) einen Flug absolvieren. Der Flugplatz wird für die An- und Abflüge genutzt, der eigentliche Übungsflugbetrieb findet nicht in über Nürnberg und Franken statt.

Im beiliegenden Bericht wird zu den Fragen und Anträgen des Antrags Stellung genommen.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☒ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☒ Nein

☐ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die Bundeswehrübung berührt keine Diversity-Belange.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐